

# Bericht

## des Ausschusses für Arbeit und Soziales

### über den Antrag 719/A(E) der Abgeordneten Bernhard Vock, Kolleginnen und Kollegen betreffend Förderung der Blindenführhundeausbildung nach Schweizer Vorbild

Die Abgeordneten Bernhard **Vock**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 9. Juli 2009 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Der Einsatz von Blindenführhunden kann blinden und sehbehinderten Menschen zu mehr Mobilität und somit zu mehr Lebensqualität verhelfen.

Zwar wird die Ausbildung von Blindenführhunden in Österreich gefördert, die Modalitäten stellen jedoch eine Hemmschwelle für betroffene Menschen dar, da die Förderung erst nach erfolgter Zusammenführung von Mensch und Hund beantragt werden kann.

In der Schweiz wird die Ausbildung von Blindenführhunden separat gefördert, auch die laufenden Kosten für die Inanspruchnahme eines dieser Hunde werden von der Invalidenversicherung getragen.

Wenn blinde oder sehbehinderte Menschen vorab wissen, ob sie bei der Kostentragung für einen Blindenführhund mit Unterstützung der Öffentlichkeit rechnen können, gibt ihnen diese Information zusätzliche Sicherheit, die ihnen hilft, ihren Alltag zu bewältigen. Daher halten wir eine Anpassung der Fördermodalitäten für das Gebot der Stunde.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 6. Oktober 2011 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Bernhard **Vock** die Abgeordneten Dietmar **Keck**, Adelheid Irina **Fürntrath-Moretti**, Ursula **Haubner**, Mag. Helene **Jarmer**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Dr. Franz-Joseph **Huainigg** und Karl **Öllinger** sowie der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf **Hundstorfer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit (**für den Antrag: F dagegen: S, V, G, B**).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Johann **Höfinger** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2011 10 06

**Johann Höfinger**

Berichterstatter

**Renate Csörgits**

Obfrau